



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 81-83
Fernschreiber 0 886 880

P/XVI/113 - 23. Mai 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|--------|---|-----|
| 1 - 2 | <u>"Sie leugnen die Wahrheit"</u>
Offener Brief von Waldemar von Knoeringen
- Stellvertretender Vorsitzender der SPD -
an Kai-Uwe von Hassel, Wahlkampfleiter der CDU und Ministerpräsident | 102 |
| 3 - 4a | <u>Frankreichs Sozialisten gegen "Nationale Atombewaffnung"</u>
53. Kongreß der SPIU - Einig mit de Gaulles Algerienpolitik -
Scharfe Opposition in allen anderen Fragen
Von Günter Markscheffel | 126 |
| 5 - 6 | <u>"Stellvertretend für die ganze Nation"</u>
Zum Kölner Pfingsttreffen der Sudetendeutschen | 99 |
| 7 | <u>Harburg von morgen</u>
Die von der SPD geführte Hansestadt
steht vor gewaltigen Aufgaben | 45 |

* * * *

* * *

23. Mai 1961

"Sie leugnen die Wahrheit"

Offener Brief von Waldemar von Knoeringen
- Stellvertretender Vorsitzender der SPD -

an Kai-Uwe v. Hassel, Wahlkampfleiter der CDU und Ministerpräsident

Sehr geehrter Herr v. Hassel!

"Wer ohne Zorn und Eifer die Politik der sozialdemokratischen Opposition seit der Bundestagswahl 1957 untersucht, kommt zu dem Ergebnis, dass sie in ihrer Grundlage verfehlt war".

Mit diesem Satz beginnt ein von Ihnen gezeichneter Artikel in der "Politisch-Sozialen Korrespondenz", überschrieben mit den Worten "Negation statt Opposition - Die Fehlbilanz der sozialdemokratischen Politik".

Ohne Zorn und Eifer, jedoch mit wachsender Verwunderung, habe auch ich Ihren Artikel zu Erde gelosen. Ihre Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Politik gibt sich den Anschein der Sachlichkeit und Fairness. Ich bestreite Ihnen nicht das Recht, sich kritisch mit der Sozialdemokratie zu beschäftigen; schliesslich sind Sie der Wahlkampfleiter der CDU. Wogegen ich mich aber leidenschaftlich wende, sind die von Ihnen getroffenen Feststellungen, die darauf abzielen, der Sozialdemokratischen Partei den demokratischen Charakter abzusprechen; denn das ist es, was Sie tun. Im Mittelpunkt Ihrer Kritik steht ein Satz unseres Godesberger Programms: "Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechter Sozialordnung hindert". Sie nennen diesen Satz einen "Freibrief, der praktisch jede Massnahme, einschliesslich der Enteignung, zulässt".

Wer im Godesberger Programm nachliest, wird feststellen, dass vor dem von Ihnen zitierten Satz die Worte stehen: "Die Bändigung der Macht der Grosswirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden".

Nach Ihrem Zitat steht der Satz: "Leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Grossunternehmern bestehen können". Der von Ihnen als "Freibrief" interpretierte Satz erhält, in die wirkliche Relation gebracht, eine völlig andere als die von Ihnen unterschätzte Bedeutung. Um so erstaunlicher ist es, dass Sie einen ungemein schweren Vorwurf daran krüpfen, schreiben Sie doch: "Das zeigt, wie sehr die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der SPD noch immer vom Kollektiven denken bestimmt werden, wie sie sich weniger als Vollstrecker eines etwaigen Mehrheitswillens; sondern vielmehr als Vollzugsorgan eines angeblich vorherbestimmten Ablaufs der gesellschaftlichen Entwicklung sieht".

Das sind, wie Sie sicher wissen Prinzipien des Kommunismus. Sie identifizieren die SPD mit bekannten kommunistischen Grundvorstellungen, ohne das Wort "Kommunismus" auszusprechen. Sie wollen damit dem nichtorientierten Wähler Misstrauen gegen die SPD suggerieren.

Als stellvertretenden Vorsitzenden der CDU müssen Ihnen die wesentlichen Erklärungen der Sozialdemokratie bekannt sein. Weder mit

den Godesberger Programm, noch mit unserer Dokumentation über die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, noch mit irgendeiner anderen Erklärung eines führenden Sozialdemokraten können Sie glaubhaft belegen, dass die SPD vom Kollektivdenken bestimmt wird. Unser Bekenntnis zur Demokratie verdrehen Sie in eine Missachtung des Mehrheitswillens; Sie erheben zum Grundsatz der SPD, was die Sozialdemokratie in Wirklichkeit bekämpft; Sie leugnen die Wahrheit; denn im Grundsatzprogramm der SPD stehen die Sätze: "Der Staat soll Vorbedingungen dafür schaffen, dass der einzelne sich in freier Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann". - "Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Demokratie, in der die Staatsgewalt vom Volk ausgeht und die Regierung jederzeit dem Parlament verantwortlich und sich bewusst ist, dass sie ständig seines Vertrauens bedarf".

Da Sie das Grundsatzprogramm der SPD kennen, auch zitieren, muss ich Ihnen vorwerfen, dass Sie bewusst die Aussagen der SPD in ihr Gegenteil verkehren.

Herr v. Hassel, Sie sitzen im Bundesrat seit Jahren mit sozialdemokratischen Ministerpräsidenten an einem Tisch. Wollen Sie diesen Männern vorwerfen, sie würden in ihren Ländern weniger als Vollstrecker des Mehrheitswillens, sondern (das sind Ihre Worte:) vielmehr als Vollzieher eines angeblich vorbestimmten Geschichtsablaufes wirken? Sie wissen genau, dass diese sozialdemokratischen Ministerpräsidenten nicht vertreten, was Sie ihnen unterstellen: Haben Sie ihnen im Bundesrat je Vorhaltungen dieser Art gemacht? Sie haben es nicht getan! Aber Sie tun es in Ihrem Artikel: darin liegt Ihre tiefe Unehrlichkeit. Herr v. Hassel, ich mache Ihnen den Vorwurf: Sie sind unfair! Ich gebrauche dieses Wort mit Bedacht. Im Mutterland der Demokratie, in England, ist das der schwerste Vorwurf, den man einem Demokraten machen kann.

Sie wünschen einen hart geführten Wahlkampf: einverstanden! Sie können ihn haben. Aber auch in einem harten Wahlkampf muss unterschieden werden zwischen der Methode der scharfen, jedoch im Grunde sachlichen Argumentation und jener bewussten Vergiftung des politischen Lebens, für die Ihr Artikel ein Beispiel ist. Damit werden Sie Ihrer Partei keine Ehre, wohl aber dem demokratischen Gedanken einer Niederlage bringen.

Sie wissen so gut wie ich, dass der Kommunismus bewusst und offen die Lüge zum Bestandteil seiner Ideologie erhoben hat. Sie berauben uns des moralischen Anspruches in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, wenn Sie bei uns im Kampf um die demokratische Führung die zerstörende Lüge als Instrument des Wahlkampfes gebrauchen. Nur durch Bindung an die Wahrhaftigkeit werden wir uns in einer dem Kommunismus überlegenen Position behaupten. Wie müssen Sie unser Volk einschätzen, wenn solche Methoden Ihren Erfolg sichern sollen! Sie wollen Sie die Wahl Ihrer Mittel rechtfertigen? Wem nützen Sie? Sie meinen: der CDU. Das mögen Sie glauben. Aber die CDU ist nur ein Teil dieses Staates, unserer Demokratie, deren Fundamente zu zerstören ich Ihnen vorwerfen muss. Unwahrhaftigkeit war noch nie die Grundlage einer auf die Dauer erfolgreichen Politik. Das Ende einer in ihrem Wesen unsauberen Politik wird kommen. Ein solches Ende wird leider nicht nur die CDU, sondern das ganze deutsche Volk zu tragen haben. Ob Sie sich zu diesem Ende bekennen werden, wird dann nicht mehr von Interesse sein.

Die Sozialdemokratie hat durch ihr klares Regierungsprogramm bewiesen, dass sie von der CDU nicht in die Negation gedrängt werden kann. Wir werden uns durch nichts davon abbringen lassen, in einem mit positiven Argumenten geführten Wahlkampf die Verwirklichung unseres Programms zu vertreten.

Frankreichs Sozialisten gegen "Nationale Atombewaffnung"

53. Kongress der SFIO - König mit de Gaulles Algerienpolitik -
Scharfe Opposition in allen anderen Fragen

Von Günter Markscheffel

Der 53. National-Kongress der Sozialistischen Partei Frankreichs, der am vergangenen Wochenende in dem Pariser Vorort ISSY-LES-MOULINEAUX stattfand, stand im Zeichen der grossen internationalen Ereignisse, die gerade jetzt die Weltöffentlichkeit bewegen. Das sind: Treffen Chruschtschow-Kennedy in Wien, Algerien-Verhandlungen in Evian, Laos-Konferenz in Genf und - "Cokolickord" - Putsch der Algerien-Generale. Dazu kamen noch die innenpolitischen Probleme Frankreichs, die sozialer Auseinandersetzungen und die zunehmende Gefahr der Ein-Mann-Herrschaft de Gaulles mit der Aushöhlung der Verfassung. alles zusammen also ein Paket von Problemen, deren Lösung im positiven Sinne von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung und Sicherung des Friedens in der Welt ist.

Kein Wunder, wenn der Kongress einmütig beschloss, die ursprünglich auf diesen Parteitag vorgesehene Verabschiedung des neuen Grundsatzzprogramms auszusetzen und dessen endgültige Fassung auf einen später einzuberufenden ausserordentlichen "Nationalrat" noch einmal zu diskutieren und zu beschliessen.

Internationale Politik

Von besonderem Interesse dürfte die einstimmig angenommene Entschliessung zur internationalen Politik sein. Die SFIO lehnt die nationale Atombewaffnung ab und fordert, dass gewaltsame Expansionsversuche der Sowjets g e m e i n s a m von der freien Welt abgekehrt werden.

Verhandlungen mit dem Osten müssen über alle Streitpunkte geführt werden, und zwar ununterbrochen, sowie mit dem ernstesten Willen, zu einem Ziel zu gelangen. Hierzu gehören u.a. Abrisungs- und Berlin-Verhandlungen, wobei jedoch besonders im Falle Berlin das Recht auf Selbstbestimmung der Bevölkerung voll und ganz gesichert werden muss.

Gegen "Europa der Vaterländer"

An die Adresse von de Gaulle ist die Warnung vor einem "Europa der Vaterländer" gerichtet. Die Partei fordert eine europäische Föderation mit demokratischen Institutionen (Parlamente), die souverän eine gemeinsame europäische Politik bestimmen können, "welche der tiefen Wunsch der Völker entspricht".

Die Partei hält es für gefährlich, wenn China weiterhin der Zutritt zur IWO verwehrt bleibt und fordert die Regierung auf, in dieser Frage aktiv zu werden.

Frieden in Algerien!

Die Sozialistische Partei Frankreichs bekennt sich in einer ebenfalls einstimmig angenommenen Entschliessung zu den Bemühungen des Staatspräsidenten de Gaulle, den Algerien-Krieg so schnell wie möglich zu beenden. In diesem Sinne begrüsst die SFIO die Verhandlungen in Evian, und stellt als erste politische Partei in Frankreich die Forderung, dass die Allgemeinheit - also der Staat - die Kosten für die Niederlassung im Mutterland derjenigen Franzosen zu tragen habe, die Algerien verlassen wollen oder müssen.

Im Gegensatz zu früheren SFIO-Kongressen gab es bei der Erörterung des Algerien-Problems keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten. Mit Nachdruck wurde besonders jeder Versuch zurückgewiesen, das Selbstbestimmungsrecht der Algerier in irgendeiner Form einzuschränken oder sogar an wirtschaftliche oder politische Bedingungen zu knüpfen.

Einen ähnlichen Geist atmet auch die vom Parteitag einstimmig verabschiedete Entschliessung zur Politik in den Entwicklungsländern. Vorbehaltlos wird die Verpflichtung Frankreichs und Europas zu einer wirksamen Entwicklungshilfe anerkannt und ausdrücklich betont, dass die Hilfe *s e l b s t l o s* und ohne jede politische Bedingung gegeben werden muss.

"85 Prozent gegen de Gaulles Innenpolitik"

Es ist bezeichnend für die gegenwärtige Situation in Frankreich, wenn von Generalsekretär Guy Mollet unter starkem Beifall erklärt werden konnte, 95 Prozent der Franzosen billigten de Gaulles Algerien-Politik, aber 85 Prozent lehnten seine Sozial-, Wirtschafts- und Staatspolitik ab.

Ebenfalls unter grosser Zustimmung erklärte Mollet: "Unter den vielen Verdiensten, die sich de Gaulle um Frankreich erworben hat, gibt es einen: de Gaulle sorgte dafür, dass die meisten Franzosen für mindestens ein Jahrhundert den Geschmack an einer Einkamm-Regierung verloren haben dürften".

Um diese komplexe-Sozial- und Wirtschaftspolitik, sowie Verfassungsfragen-bewegte sich denn auch ein wesentlicher Teil der Diskussionen auf diesem Parteitag. Es gab sehr scharfe Attacken gegen de Gaulle und seine Minister, gegen die Lohn- und Preisanarchie unter dem "gegenwärtigen Regime". Stürmischen Beifall erntete ein Delegierter, als er erklärte, de Gaulle habe zwar um Hilfe gerufen, als es darum ging, die Republik zu retten; er sei jedoch taub, wenn diejenigen, die ihm helfen, berechtigige soziale Forderungen anmelden.

Zweifellos geben die Sozialisten mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Kritiken an der Regierung einen starken Gefühl in der französischen Bevölkerung Ausdruck. Ihre heftige Sprache gegen de Gaulle stimmt völlig mit den Kritiken und Forderungen der Gewerkschaften *a l l e r* politischen Richtungen überein.

Diskussion um Artikel 16

Der Kongress, einmütig in der Beurteilung der internationalen Situation, der Algerien-Frage und den sozialen Problemen, manifestierte eine Meinungsverschiedenheit in der Bewertung der Sondervollmachten (Artikel 16 der Verfassung), die de Gaulle anlässlich der Niederschlagung des Generals-Putsches erhalten hat. Während die grosse Mehrheit der Delegierten unter Führung von Generalsekretär M e l l e t (3221 Mandate) sich dafür aussprach, dass der Artikel 16 mit gewissen Einschränkungen vorläufig in Kraft bleiben soll, plädierten die Freunde des früheren Arbeitsministers Albert G a z i e r (714 Mandate) für die sofortige und klare Begrenzung der ausserordentlichen Vollmachten "gegen die Feinde der Demokratie". Die Minderheit befürchtet, dass de Gaulle den Artikel 16 benutzt, um die demokratischen Rechte des Volkes auch weiterhin einzuschränken; eine Befürchtung, die angesichts der Drohung, die Regierung werde streikende Beamte "requisitionieren" berechtigt erscheint.

Innerlich gestärkte SFIO

Mit Ausnahme der Zustimmung zur Algerienpolitik de Gaulles hat die SFIO auf ihrem diesjährigen Jahreskongress also in allen anderen politischen Fragen eine klare Opposition angekündigt. Das dürfte der Grund dafür sein, dass Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei auf ein Minimum begrenzt werden konnten. Die Geschlossenheit der Partei ist dadurch grösser geworden.

So ergaben denn auch die Wahlen zum Parteivorstand kaum Veränderungen. Die Opposition ist mit sieben Vertretern in den neuen Vorstand eingezogen, ein Ergebnis, das zu Beginn des Kongresses durch eine statutarische Bestimmung zum Wahlnodus festgelegt worden war, wonach die Minderheit eine bestimmte Anzahl von Vertretern im Parteivorstand erhält, sofern sie bei einer grundsätzlichen Entscheidung mindestens 20 Prozent der Stimmen für sich aussuchen kann. Das war bei der Abstimmung über den Artikel 16 der Fall. Der Parteivorstand zählt insgesamt 45 Mitglieder.

Die Parteien der Sozialistischen Internationale waren auf dem Kongress stark vertreten. Auch die neuen Sozialistischen Parteien der jungen Staaten Afrikas hatten Delegationen entsandt.

Der Kongress hat in dieser schwierigen Situation ein Maximum von klaren Vorstellungen zur weiteren Entwicklung der französischen und internationalen Politik erarbeitet. Die SFIO erscheint so nach einer Reihe von inneren Krisen zielbewusster als früher und betont durch ihre Beschlüsse, dass sie gewillt ist, ein Zentrum der Sammlung nichtkommunistischer politischer Kräfte der Linken in Frankreich zu werden. Die eindeutige Absage an alle Versuche der hinter de Gaulle stehenden Gruppen, eine Europa-Politik mit falschen Vorzeichen zu entwickeln, das starke Bekenntnis zu einer Politik in den Entwicklungsländern ohne jeden Vorbehalt und die Forderung nach konstruktiven Verhandlungen mit dem Osten sichern der Partei ohne Zweifel einen bedeutenden Platz in der französischen und internationalen Politik.

"Stellvertretend für die ganze Nation"

ler. Als die Führung der sudetendeutschen Landmannschaft sich entschloss, ihr schon zur Tradition gewordenes Pfingsttreffen für diesen Jahr in die Domstadt Köln zu verlegen, konnte sie nicht sicher sein, dass die Besucherzahlen der vergangenen Jahre erreicht werden. Der grösste Teil dieser aus dem böhmisch-mährisch-schlesischen Raum nach 1945 vertriebenen Volksgruppe (insgesamt drei Millionen Menschen, von denen fast zwei Millionen in die Bundesrepublik verschlagen wurden) lebt in Bayern und Baden-Württemberg, die Rheinstadt liegt weiter als die bisherigen Tagungsorte. Weder die grössere Entfernung noch das launische Pfingstwetter haben über 200 000 Angehörige dieser äusserst rührigen und gut organisierten Volksgruppe abhalten können, wieder, wie seit elf Jahren, zusammenzukommen, um aller Welt sicht- und hörbar ihren Willen auf das Recht auf Heimat und das Recht auf Selbstbestimmung zu bekunden, die ihnen, wie den übrigen Millionen deutscher Ostvertriebenen, durch Gewalt und Willkür veranthalten worden.

Verzicht auf die Heimat?

Es gibt bei uns und auch im uns freundlich gesinnten Ausland viele Stimmen, die meinen, mit dem Prozess der wirtschaftlichen Eingliederung wäre die Vertriebenenfrage gelöst, die 12 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge sollten sich endgültig mit dem Los der Vertreibung abfinden und im Verzicht auf Heimat und Selbstbestimmung ihren Beitrag zur europäischen Friedensordnung leisten. Welch eine Verkennung der politischen und psychologischen Realität von heute und unseres Volkes. Das hiess ja zu einem Zustand sagen, der auf der Verletzung elementarster Menschenrechte begründet ist, das hiess die Kluft, die Kriegs- und Nachkriegszeit zwischen den Völkern Mittel- und Osteuropas und dem deutschen Volk aufgerissen haben, als ewig schwärende, Europa vergiftende Wunde bestehen zu lassen; das hiess, den Freiheitsbereich der westlichen Demokratie auf die Hälfte Europas mit dem geteilten deutschen Volk zu beschränken, das käme einer Aufforderung an den totalitären Kommunismus gleich, nun seinerseits den Rest Europas im kommunistischen Orbit verschwinden zu lassen. An diesem Punkt geht es, wie der Präsident der Bundesversammlung Wenzel Jaksch es ausdrückte, um "unsere innere Entscheidung zwischen einem politischen Offensivdenken und einem politischen Defensivdenken. Diese Entscheidung zu treffen, ist die unertrinkbare Aufgabe unserer geistigen Selbstbestimmung. Eine europäische Demokratie, die offensiv denkt, müsste in der Heimatstreue der Sudetendeutschen und Ostdeutschen ihren wertvollsten Verbündeten sehen." Ist hier schon ein Wandel im Gange? Zum ersten Male haben an einem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen vier Vertreter aus beiden Häusern des amerikanischen Senats teilgenommen, haben in unnmissverständlichem Bekundungen ihrer Sympathie für die Sache der Vertriebenen bereiten Ausdruck gegeben, haben öffentlich ausgesprochen, dass verwirklichtes Heimat- und Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, auch für die Deutschen, unverzichtbarer Bestandteil einer auf die Wahrung und Sicherung der Freiheit bedachten westlichen Politik sein müsse.

Starke Anteilnahme der Jugend

Für die vielen ausländischen Besucher des Kölner Pfingsttreffens der Sudetendeutschen erschien die innere Geschlossenheit dieser Volksgruppe und der weitgespannte Bereich ihrer geistigen Aktivität als ein

Phänomen. Die Vertreiber dachten durch die Entwurzelung von seit vielen Jahrhunderten auf ihrer Scholle verankerten drei Millionen Menschen diese zu atomisieren und als handelnde, eigenes Gewicht besitzende, ihrer Stimme beraubten Volksgruppe ausschalten zu können. Diese Rechnung ging nicht auf. Mächtiger als die Vernichtungspläne erwiesen sich die seelischen Kräfte und das Gefühl der Zusammengehörigkeit; mag die Heimat ihnen auch genommen sein, sie ist doch lebendig bei den Männern und Frauen, aber auch bei der heranwachsenden Jugend, die sich mit Ernst und von sittlichen Kräften geleitet anschießt, durch rückhaltlose Ehrlichkeit gegen sich selbst, nicht Hindernis, sondern Brücke der Verständigung, des Friedens mit allen Völkern zu sein. Diese Jugend, die das Inferno des Krieges und der Nachkriegszeit erlebte, den Wiederbruch von Freiheit und menschlicher Würde, kennt keinen Hass, ihr Sinn strebt nicht nach Vergeltung. Sie will, belehrt durch die Fehler vorangegangener Generationen, die verkärnischte Karte von Sacke und Vergeltung durchbrechen und für ein Europa eintreten, aus dem Nationalismus, ethische oder soziale Überheblichkeit, Kolonialismus und Imperialismus verbannt sind. Das schließt die Liebe zur eigenen Nation und die Zusammenarbeit mit allen anderen Nationen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und Toleranz notwendigerweise mit ein.

Leuchttower Berlin

Vor allem jedoch die Liebe zur Freiheit. Das Leuchttower der Freiheit und Verheißung aus der Lösung jetziger Zwangsherrschaft ist Berlin. So war es wiederum nur natürlich, dass die zu vielen Tausenden nach Köln gesilte sudetendeutsche Jugend zum Abschluss und Höhepunkt ihres Treffens als Redner von Regierenden von Berlin, Willy Brandt, holte, den Mann, mit dessen Namen sich der Selbstbehauptungswille des bedrohten Berlin verbindet. Was würde aus unserem Volk, was würde aus Europa, ginge Berlin, die Hoffnung Ungesählter, verloren? Tragen die Deutschen aus dem Osten stellvertretend für die ganze Nation das Los der Vertreibung, so tragen heute die Berliner stellvertretend für die ganze Nation das Los, sich unter den Bedingungen der gespaltenen Stadt im geteilten Land um die Bewahrung der Freiheit und die Sicherung des Aufbaus zu bemühen. So sind die Opfer der Vertreibung mit den bedrohten Berlinern solidarisch verschmolzen, untrennbar miteinander verbunden. An diesem Bündnis patriotischer Kräfte muss der auf vielen Ebenen unternommene Versuch scheitern, den inneren Zusammenhalt unserer Nation zu stören.

Von der Bewahrung dieses inneren Zusammenhaltes und der Vermeidung kleinlichen Parteienstreites hängen Gedeih und Verderben der Landsmannschaften ab. Die mehr als zweihunderttausend Teilnehmer des Kölner Pfingsttreffens haben dies wohl in Gespür gehabt. Die Gemeinsamkeit über alles Trennende hinweg entspricht ihren Empfindungen und ist orientiert an einer Wollen, in dem die Wiederherstellung des Rechtes und der Sittlichkeit im Völkerleben zentrale Bedeutung hat.

+ + +

Hamburg von morgen

(rh) Zwei Ereignisse haben in der letzten Zeit die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf Hamburg gelenkt, das nicht nur die führende Groß- und Industriestadt der Bundesrepublik ist, sondern auch über den größten und leistungsfähigsten Hafen im nordeuropäischen Raum verfügt. Im Vorjahr hat der Hamburger Hafen zum ersten Mal in der Geschichte einen Umschlag von 30 Millionen überschritten. Dieser Umschlag-Rekord war der eindrucksvolle Hintergrund für das weitere Aufbauprogramm, das der Hamburger Bürgermeister Dr. Paul Nevermann anlässlich des alljährlichen "Übersesstages" entwickelte, mit dem der weit in das Mittelalter zurückreichende Geburtstag des Hafens unter großer Beteiligung des In- und Auslandes gefeiert wird. Der Bedeutung dieses Ereignisses entsprach zu gleicher Zeit der Beschluß des Hamburger Senats (der Hamburger Landesregierung) über den Staatsvertrag mit Niedersachsen, durch den der Hansestadt gegen Tausch ihres Geländes in Cuxhaven ein Gebiet unmittelbar an der Elbemündung für einen Vorhafen mit einer Wassertiefe von 20 Metern gesichert wird. Dort wird der europäische Hafen mit der größten Wassertiefe entstehen, der Schiffe mit 100 000 und 150 000 BRZ aufnehmen können.

Seitdem es nach dem Kriege wieder freie Wahlen gibt, hat die SPD bis auf eine vierjährige Unterbrechung der sehr unüblichen Herrschaft des "Hamburg-Blocks" die Geschicke der Freien und Hansestadt und ihres Hafens geleitet und gelenkt. 1957 hat die SPD bei den Wahlen in Hamburg die absolute Mehrheit erreicht, der Senat wird jedoch von einer SPD-FDP-Koalition regiert, um alle für einen Hafen und eine Großstadt maßgebenden Kräfte zusammenzufassen und verantwortlich an der Entwicklung des Stadt-Staates zu beteiligen. Rechtzeitig - rückschauend kann man sagen: Ohne einen Tag zu versäumen - hat die SPD nach dem Kriege für den Wiederaufbau des Hafens alle Kräfte und vorhandenen Mittel mobilisiert und bereits vor der Währungsreform hervorragende Aufbauarbeit geleistet. Man vergißt heute allzu leicht, daß im letzten Krieg 90 Prozent der Kaleschuppen, 80 Prozent der Speicher und 70 Prozent der Kräne im Hafen zerstört wurden und daß Hamburg 70 Prozent seiner bewohnten Fläche verloren hat. Heute hat Hamburg den Anschluß an den Weltfrachtverkehr wieder erreicht und es wurden in der Stadt bereits mehr Wohnungen errichtet, als dem Krieg zum Opfer fielen.

Derzeit muß Hamburg wie alle anderen deutschen Großstädte mit einem Problem fertig werden, das sich aus dem ständig ansteigenden motorisierten Verkehr, es gibt derzeit mehr als 230 000 Hamburger Kraftfahrzeuge, ergibt. 75 Prozent der in der Stadt und im Hafen Beschäftigten sind auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen und 10 Prozent legen die Wege zur Arbeitsstätte zu Fuß zurück. So wird in diesen Wochen in Hamburg eine Entscheidung spruchreif, die auch für alle anderen deutschen Großstädte wichtig ist: wie kann ein beispielhafter Ausweg für ein Nebeneinander von öffentlichen Verkehrsmitteln und privaten Autoverkehr gefunden werden, der allen gerechte wird?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel